



»Gas unter Gorleben« Aus für das Endlagerprojekt

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

[http://www.castor.de/technik/endlager/
gas_unter_gorleben.pdf](http://www.castor.de/technik/endlager/gas_unter_gorleben.pdf)

Inhalt

Vorwort	3
Gas unter Gorleben: Aus für das Endlagerprojekt	5
Ölflecken im Erkundungsbergwerk	5
Ungelöste Rätsel	6
Die Bohrturm-Explosion	7
Todesstoß für Atommülllager	8
Die Kabinettsvorlage	9
Gas in den Schachtvorbohrungen	15
Gaszutritte größer als erwartet	16
Lücken im PTB-Zwischenbericht von 1983	17
Auszug aus Kabinettsvorlage 1977	20
Schlusswort	22
Literatur und weiterführende Informationen	23
Verscharrt, verschaukelt, vertuscht ... Position der LINKEN zum Atommüllproblem	24

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB

Redaktion: Cornelia Uschtrin, Dieter Schaarschmidt

Fotos: Seiten 3, 5, 14 von Jacob Huber

Seiten 8, 9, 10, 14, 18 von Dieter Schaarschmidt

Stand: 1. April 2011

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

Vorwort



Abgeordnete der LINKEN vor Ort in Gorleben, von links Johanna Voß (MdB), Jens Petermann (MdB), Kurt Herzog (MdL Niedersachsen), Kornelia Möller (MdB), Dorothee Menzner (MdB), Ralph Lenkert (MdB)

Das Wendland ragte vor der Wende als Zonenrandgebiet wie ein Wurmfortsatz in das Staatsgebiet der DDR. Heute liegt es mitten in Norddeutschland und sein „berühmtestes“ Dorf, Gorleben, ist zum Symbol einer fehlgeschlagenen Politik geworden. Jahrzehnte lang wurden hier am Willen der Bevölkerung vorbei Fakten geschaffen. Heute befindet sich dort in 840 Metern Tiefe ein Salzbergwerk, das über sieben Kilometer aufgefahrenen Strecken verfügt. Wenige hundert Meter nebenan lagern oberirdisch mittlerweile über 100 Castoren mit hochradioaktivem Atommüll in einem Zwischenlager: Kartoffelscheune nennen die Leute die Halle in der die Castoren stehen.


Für sämtliche Bundesregierungen seit 1977 hatte das Projekt Atommüll-Endlager in Gorleben eine wichtige Funktion: Gorleben war ein Versprechen und sollte in Aussicht stellen, das „Entsorgungsproblem“ zu lösen. Die Perspektive auf einen Ort, der hochradioaktiven Atommüll aufnehmen kann, sollte garantieren, dass Atomkraftwerke langfristig nicht nur Strom sondern auch weiter Atommüll produzieren können. Auch Rot-Grün änderte nichts an dieser Alibi-Funktion von

Gorleben. Die Schröder/Fischer-Regierung war nicht daran interessiert, aus wissenschaftlichen Gründen weitere Standorte zum Vergleich hinzuzuziehen. Die guten Vorschläge des von Rot-Grün eingesetzten Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd) von 2002 blieben letztlich folgenlos. Die Fehlentscheidung Gorleben durchzusetzen, beinhaltete gleichzeitig, Rückholbarkeit von vornherein auszuschließen, denn Salz eignet sich nicht für diesen Zweck.

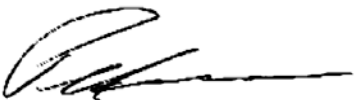
Die Atomkraftgegner im Wendland haben diese Zusammenhänge seit langem durchschaut. Der Standort Gorleben ist aus vielen längst bekannten Gründen als Endlager für Atommüll ungeeignet: Dem Salzstock fehlt ein intaktes Deckgebirge, er hat Grundwasserkontakt und es finden Ablaugungsprozesse statt. Radionuklide können über das Grundwasser nicht nur in die regional begrenzte Biosphäre gelangen, sondern auch über die Elbe, die über den Salzstock fließt, ins Meer transportiert werden. Um an Gorleben festhalten zu können, hat man das ursprüngliche Mehrfachbarrieren-Konzept aufgegeben und behauptete fortan, Salz als Barriere sei ausreichend. Allerdings hat die internationale Fachwelt Salz als Wirtsgestein für ein Atommülllager längst verworfen.


Der Hauptgrund von 1977, Gorleben wegen seiner Randlage zur DDR zu wählen, war Ausdruck der Verachtung gegenüber den Menschen jenseits der innerdeutschen Grenze. Radioaktivität kennt keine Landesgrenzen. Auch heute wären die Menschen in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern beim Austritt von Radionukliden etwa über das Grundwasser als erste betroffen. Ein weiterer Aspekt, der von den Fachleuten vor Ort systematisch ignoriert wurde, ist das Gas, das in Blasen sowohl im Salzstock selbst existiert als auch unter ihm in Form einer Erdgaslagerstätte nachgewiesen wurde. DIE LINKE hat zu diesem Problem intensiv recherchiert. Dass sich Erdgas in tiefen Schichten unter dem Salzstock befindet, bedeutet für uns das endgültige Aus für Gorleben als Endlager. Dieses „Restrisiko“ darf bei der sicheren Lagerung von hochradioaktivem Atommüll nicht in Kauf genommen werden.

Die Mitglieder im Untersuchungsausschuss Gorleben


Dorothee Menzner, Obfrau


Kornelia Möller, Mitglied


Jens Petermann, Stellv. Mitglied


Johanna Voß, Stellv. Mitglied

Gas unter Gorleben: Aus für das Endlagerprojekt

Ölflecken im Erkundungsbergwerk

Gasvorkommen im und unter dem Salzstock können Gorleben als Endlager für Atommüll zu Fall bringen. Im Dezember 2010 erklärte der Präsident des Bundesamts für Strahlenschutz (BfS), Wolfram König, falls kritische Mengen davon in dem Salzstock gefunden werden sollten, könne das zum „K.O.-Kriterium“ für den Standort werden. Der BfS-Präsident wolle „mit hoher Dringlichkeit“ klären lassen, wie viel von den entzündlichen Stoffen im Gorlebener Salzstock existieren. Warum diese Frage nach 30 Jahren Erkundung noch nicht geklärt ist, können weder die Verantwortlichen von damals noch die von heute beantworten.



*Unter Tage:
Öl im
Salzgestein*

Dabei liegt die Frage auf der Hand: Jeder, der einmal das Erkundungsbergwerk besichtigt hat, wird an einem großen Ölfleck vorbeigeführt. So auch eine Gruppe der Bundestagsfraktion DIE LINKE, die am 15. Juni 2010 in das Erkundungsbergwerk Gorleben einfuhr. Mitglieder des im März 2010 eingesetzten Gorleben-Untersuchungsausschusses (PUA Gorleben) wollten sich vor Ort ein Bild machen. Diejenigen, die schon einmal dagewesen waren, hatten unter Tage den Eindruck, dass der Ölfleck im Salzgestein größer geworden war - was die begleitenden Fachleute allerdings bestritten. Immerhin, wo Öl zu finden ist, befindet sich fast immer auch Gas, so lernt man es in der Schule.

Die Abgeordneten der LINKEN sprachen die Geologen im Erkundungsbergwerk auf eine Gasbohrurmexplosion im Jahre 1969 an, die sich weniger als zehn Kilometer entfernt bei Lenzen auf der damaligen DDR-Seite des Salzstocks ereignet hatte. Keiner von ihnen hatte je davon gehört. Dies sorgte bei den Abgeordneten für

Verwunderung, denn bei den Menschen im Wendland war dieses Ereignis durchaus bekannt. Dass die Geologen vor Ort nichts wussten, nährte den Verdacht, hier würden unliebsame Informationen verborgen gehalten.

Der PUA Gorleben

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss des Bundestages zu Gorleben (PUA) geht den deutlichen und zahlreichen Hinweisen auf Manipulationen nach, die im Vorfeld der Entscheidung zur Weitererkundung von Gorleben im Jahre 1983 stattgefunden haben. Offenbar war es zur Beeinflussung von Wissenschaftlern gekommen, insbesondere zu Veränderungen im PTB-Zwischenbericht von 1983, auf dessen fachlicher Grundlage die Regierung Kohl entschieden hat, Gorleben untertätig zu erkunden und keine weiteren Standorte in Betracht zu ziehen. Zudem werden die Umstände der Standortauswahl und Standortentscheidung 1976/77 untersucht sowie spätere Gorleben-Entscheidungen auf fehlerhaftes Handeln von Politik oder Verwaltung überprüft. Die Akten der Ministerien, Behörden und Firmen, die der Untersuchungsausschuss angefordert hat und deren Zahl in die Tausende geht, stellen die PUA-Mitglieder und ihre Mitarbeiter vor eine Herkulesaufgabe. Es wird kaum möglich sein, alle Akten wirklich vollständig zu lesen. DIE LINKE steht daher in einem guten Austausch mit Bürgerinitiativen und Fachkundigen im Wendland, die Jahrzehnte lange Erfahrung besitzen und oftmals das richtige Gespür haben, an welcher Stelle es sich lohnt, nachzubohren.

Ungelöste Rätsel

Wer wusste von der Gasexplosion von 1969 und wann? Dieser Frage gingen nun Mitarbeiter der LINKEN für den Untersuchungsausschuss nach und wurden beim Bergamt Stralsund fündig. Eine übersichtliche gelbe Mappe mit einem Bohrbericht und anderen Dokumenten durfte dort eingesehen, aber nicht kopiert werden. Mit dieser Akte begann eine Recherche, bei der ein paar Geheimnisse um den Atommüllstandort Gorleben-Rambow gelüftet werden konnten, aber gleichzeitig immer neue, für die Endlager-Verantwortlichen unangenehme Fragen aufkamen.

Parallel zur Aktenrecherche begann DIE LINKE im Untersuchungsausschuss die vorgeladenen Zeugen nach der Gasproblematik zu befragen. Als erster äußerte sich der Kieler Geologe Professor Klaus Duphorn im Juli 2010 zu den Gasvorkommen: „Das ist für mich jetzt das akute Hauptproblem Nummer eins,“ erklärte er. Der Geologe, der bis Anfang der 1980er Jahre an der obertätigen Erkundung Gorlebens beteiligt war, wusste bereits frühzeitig von der Explosion in Rambow/Lenzen 1969. Er hatte Hinweise aus geologischen Akten, die ihm zu Fragen Anlass gaben. Die Explosion ist erstmals 1981 von Karl-Heinz Pfeifer, Mitglied in der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, auf einer Informationsveran-

staltung in Lüchow thematisiert worden. Pfeifer, der nahe der DDR-Grenze wohnte, hatte das Feuer jenseits der Elbe damals fotografiert. Als Professor Duphorn die Explosion auf einer Anhörung des Innenausschusses am 20. Juni 1984 ansprach, wurde von offizieller Seite behauptet, man habe darüber kaum Informationen. Herr Grübler von der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE), verstieg sich gar zu der Annahme, in Lenzen habe es sich womöglich um eine „kleine Restmenge von Kohlenwasserstoffgasen“ gehandelt. Dafür, dass man angeblich nichts wusste, war es verblüffend, wie man bereits geübt war im Kleinreden von besorgniserregenden Tatbeständen. Wenn man sich die Akten zur Explosion ansieht, bekommt man an Grüblers Vermutung Zweifel.

Die Bohrturm-Explosion

In den sechziger Jahren bohrte man in der DDR bei Lenzen – etwa zehn Kilometer nordöstlich von Gorleben – nach Erdöl und Erdgas. Etwa 30 Tiefbohrungen bis über 4.000 Meter Tiefe wurden auf der Ostseite des Salzstocks Gorleben-Rambow nieder gebracht. Man hoffte auf so viel Glück wie im 30 Kilometer entfernten Salzwedel, wo man wenige Jahre zuvor die größte Erdgasblase der DDR entdeckt hatte. Die Erfahrung war, dass unter Salzstöcken beachtliche Gasreserven lagerten. Doch beim Salzstock Gorleben-Rambow gab es bei fast allen Bohrungen große Probleme, da in über 3.000 m Tiefe, am Fuß des Salzstocks, ein unter hohem Druck stehendes Gemenge aus Erdgas, Gasolin und Salzlake angetroffen wurde.

Dies führte am 25. Juli 1969 zu einem verheerenden Unglück. Bei der Bohrung 12/69 war in 3.347 Metern Tiefe das Gas-Gasolin-Gemisch, das unter einem Druck von über 630 bar stand, angebohrt worden. Das ausströmende Gemisch entzündete sich am



Der eingestürzte Bohrturm 1969, Foto aus Akte des BStU

glühenden Auspuff eines Antriebsaggregates. Die Bohrmannschaft hatte trotz Gasalarms bis zuletzt versucht, die Bohrung zu retten, weil schon die vorangegangene Bohrung 11/68 mit ähnlichen Problemen aufgegeben werden musste. Es kam zu einer Detonation, der Bohrturm stürzte ein und alles stand in Flammen. Der Bohrleiter kam ums Leben, acht weitere Bohrarbeiter erlitten schwere Verbrennungen. Bis zu 250 Feuerwehrleute waren im Einsatz - es gelang erst nach acht Tagen, das Feuer zu löschen. Anschließend wurde Gas noch bis in den November abgefackelt.

Der heute 71-jährige **Horst Möhring** aus Lenzen, damals LPG-Direktor, erinnert sich an die Explosion. Sein Hof lag nur 400 Meter entfernt im Sperrgebiet. Nach dem Knall sei er mit seinem Motorrad sofort zum Bohrturm gefahren und konnte von weitem sehen, wie sich einige Bohrleute auf der Flucht vor den Flammen über die Stahlseile retteten. Die Hitze war so stark, dass sie bis zum Haus von Horst Möhring zu spüren war. Die Familie hatte acht Tage lang Angst um Haus und Hof.



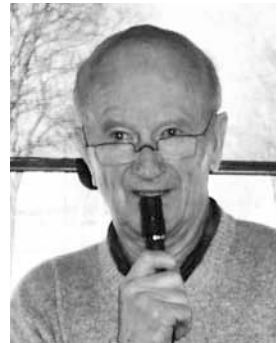
Erstmals wurde über die Katastrophe von Lenzen/Rambow 2009 im Buch „Schatzsucher“ berichtet, das den damaligen Bohrstellenleiter der Nachbarbohrung, U. Fischer, wie folgt wiedergibt: „Die Hitze war unvorstellbar. In den Wagen schmolzen die Glasscheiben. In der Schmiede explodierten Gasflaschen. Die Kastenprofile des Bohrerüstes verformten sich zu aufgeblasenen Luftballons.“ Dieser verheerende Vorfall zog Ermittlungen nach sich und es kam zu einem Prozess. In alten Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR ist die Untersuchung des Unglücks protokolliert. Darin wird berichtet, dass die Arbeiter der Nachbarbohrungen wenige Tage nach dem Unglück noch unter Schock standen und auf keinen Fall im Raum Lenzen bleiben wollten, weil es hier zu gefährlich sei. Das Gericht gab schließlich dem zu Tode gekommenen Bohrstellenleiter die Hauptschuld. Zwei verantwortliche Führungskräfte kamen mit Bewährungsstrafen davon.

Todesstoß für Atommülllager

Die DDR hat schließlich an dieser Stelle kein Gas gefördert. Nach über 30 Bohrungen, die den Salzstock Gorleben-Rambow durchlöcherten, hat man aufgegeben. Um herauszufinden, welche Erkenntnisse die DDR damals hatte, recherchierten Mitarbeiter der LINKEN nach den Altakten. Doch auch nach über 40 Jahren ist es nicht ganz einfach, an die Akten heranzukommen. Was wussten DDR und BRD über die Erdgasvorkommen? Von Behörden und Ministerien wird darauf verwiesen, es handle sich um geheime Informationen über Rohstoffvorkommen. In den Archiven der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) existieren Akten zu diesem Thema, die teilweise mit einem Sperrvermerk versehen sind. Die BGR hat nach der Wende

das Zentrale Geologische Institut der DDR (ZGI) übernommen und damit auch alle Akten zu Lenzen/Rambow. Erst auf drängendes Nachfragen der Medien legte die BGR den „Abschlussbericht über die erdölgeologischen Untersuchungsarbeiten auf der Z-Struktur Rambow“ von 1971 vor. Doch viele andere Bohrakten unterliegen weiter der Geheimhaltung als Firmengeheimnis des Rechtsnachfolgers der DDR-Erdöl- und Erdgas-Bohrbetriebe: Gaz de France Suez. Der Gaskonzern Gaz de France Suez (GdF Suez) wurde schließlich im Oktober 2010 vom Untersuchungsausschuss aufgefordert, Akten zu Gasvorkommen auszuhändigen, die auch mittlerweile eingetroffen sind. Sie bestätigen, dass die DDR vor Ort auf Gas gestoßen ist.

Wir haben **Professor Duphorn** den „Abschlussbericht“ von Rambow/Lenzen vorgelegt. Er kommentierte ihn mit deutlichen Worten: „Wenn bereits in 3.300 Metern Tiefe im Salzstock größere Gas-Gasolin-Gemische anstanden, dann bedeutet dies für ein Atommülllager in diesem Salzstock den Todesstoß. Durch die jetzt bekannt gewordenen Bohrprotokolle wird zudem belegt, dass sowohl im geplanten Einlagerungshorizont zwischen 800 und 1.200 Metern Tiefe, als auch im Bereich bis über 3.000 Metern Tiefe, dicke, zerklüftete Anhydritschichten für eine Durchlässigkeit von Wasser und Lauge, als auch Gasen und flüssigen Kohlenwasserstoffen sorgen können. Damit ist das geplante Atommülllager durch Gebirgsschlag gefährdet.“



Weitere Akten über die Gasvorkommen, die DIE LINKE bereits einsehen konnte, sind aufschlussreich: Von damaligen Geologen der DDR wurde in Wootz nahe der Elbe ein Gasvorkommen nachgewiesen: 4.000 Kubikmeter Gas pro Tag erwartete man an dieser Stelle. Nach einer handkolorierten Gaskarte aus alten DDR-Unterlagen liegt Wootz am Rande eines Gasvorkommens mit Zentrum unter Gorleben. Wenn man sich die geologischen Schichten ansieht, sind für diese These immerhin die Voraussetzungen gegeben, denn die Schichtenfolge steigt von Rambow nach Süden (Gorleben) an: Der Bereich mit porösem Erdgasspeichergestein (Sandstein) ist in Wootz am dicksten, etwa doppelt so dick wie im Bereich der explodierten Bohrung E-Rambow 12/69. Die Bohrung 14 bei Wootz, direkt am Elbdeich, ist keine 2,5 Kilometer vom geplanten Einlagerungsbereich für den hochradioaktiven Atommüll entfernt. Doch nicht nur die Geologen der DDR vermuteten Gas unter dem Salzstock. Auch die westdeutsche Gaswirtschaft schätzte 1977 die Wahrscheinlichkeit auf Gasvorkommen sehr hoch ein, verzichtete aber nach Rücksprache auf die Förderung.

Die Kabinettsvorlage

Am 30. September 2010 hat der Historiker Dr. Anselm Tiggemann vor dem PUA Gorleben einen Skandal enthüllt. Auf hartnäckige Nachfragen der Obfrau der LINKEN im Untersuchungsausschuss, Dorothee Menzner, räumte der Zeuge Tiggemann ein,

dass bereits seit Dezember 1976, also zwei Monate vor der Standortbenennung Gorlebens durch die Regierung Ernst Albrecht, die Gasprobleme von Rambow/Lenzen und Gorleben in der Niedersächsischen Staatskanzlei bekannt waren. Er verlas dazu aus einer streng vertraulichen 20-seitigen Kabinettsvorlage vom 2. Februar 1977:

„Nach Auffassung des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung und der Konzessionsinhaber für die Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen - Preussag und Brigitta Elwerath, BEB - ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß sich unter dem Salzstock Gorleben in einer Tiefe von rund 3.500 Meter Gas befindet. Es ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorgesehen, dieses Vorkommen zu erschließen. Die BEB hat vielmehr die Bergbehörden im Dezember 76 gebeten, sie von der Verpflichtung zur Durchführung von Untersuchungsarbeiten für ein Jahr zu entbinden. Die Bergbehörden haben dem zugestimmt.“

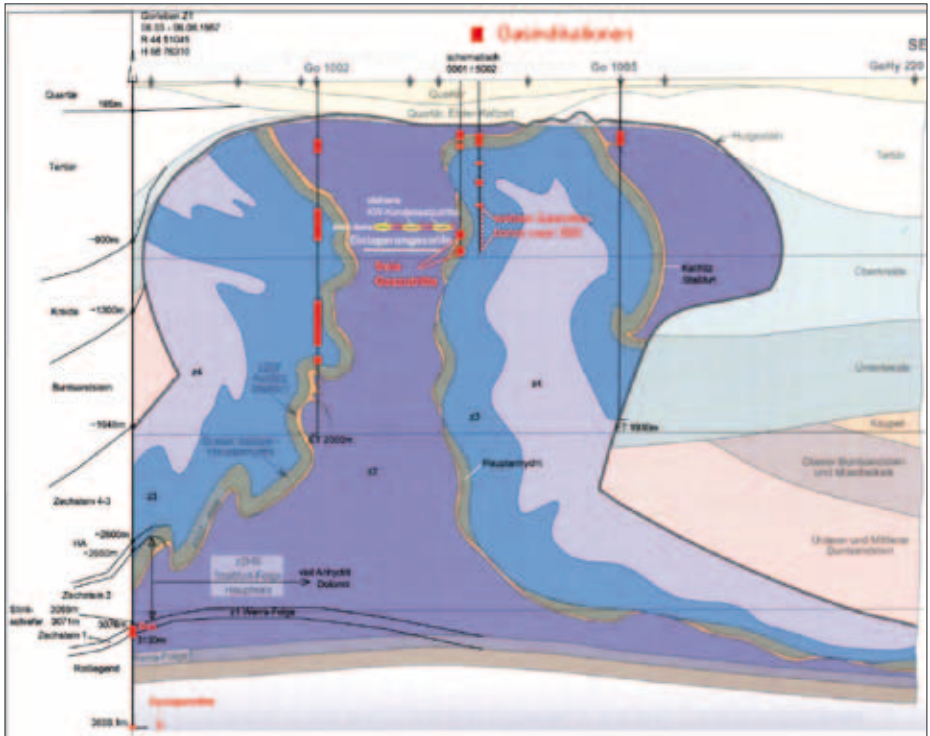
Wenig später zitiert Tiggemann weiter: *„Durch das Vorhandensein eines Gasfeldes unter dem Salzstock Gorleben ist eine potentielle Gefährdung der Endlagerstätte im Fall einer Erdgasförderung gegeben. Es findet zwar zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Förderung statt, es kann auch davon ausgegangen werden, daß auf niedersächsischer Seite eine Gasförderung verhindert werden kann, es ist jedoch nicht auszuschließen, daß zu irgendeinem Zeitpunkt auf DDR-Seite mit der Förderung begonnen wird.“* (Auszug aus Originaldokument siehe Anhang Seite 20.)

Tiggemann berichtete ebenfalls, dass über die Gasproblematik im Dezember 1976 zwischen den zuständigen Bergämtern und niedersächsischen Regierungsstellen intensiv diskutiert worden war. Wenn aber bereits 1977 im Westen dieses Wissen vorlag, muss man sich fragen, weshalb offenbar das Gas und seine Auswirkungen auf eine Deponie für hochradioaktiven wärmeentwickelnden Atommüll nie stärker thematisiert worden waren.

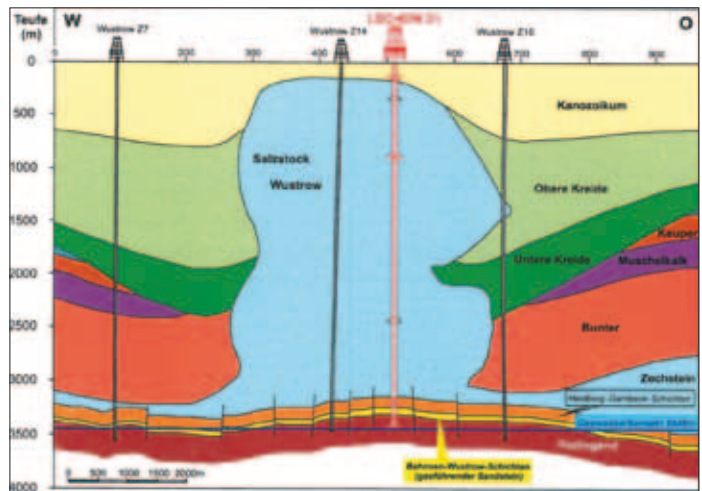


Wir wollten wissen, wie die damalige Bundesregierung unter Helmut Schmidt, die sich 1977 für Gorleben aus außen- und sicherheitspolitischen Gründen nicht begeistern konnte, dazu stand. Am 2. Dezember 2010 hat DIE LINKE den damaligen Bundesinnenminister **Gerhart Baum** (FDP) im Gorleben-Untersuchungsausschuss mit der Kabinettsvorlage aus Niedersachsen konfrontiert. Da es noch kein Bundesumweltministerium gab, war das Innenressort für alle atomtechnischen Fragen zuständig. Die aus dem Wendland stammende Abgeordnete der LINKEN, Johanna Voß, las die oben zitierte Passage aus der Kabinettsvorlage von 1977 vor. Baum, der bis dahin

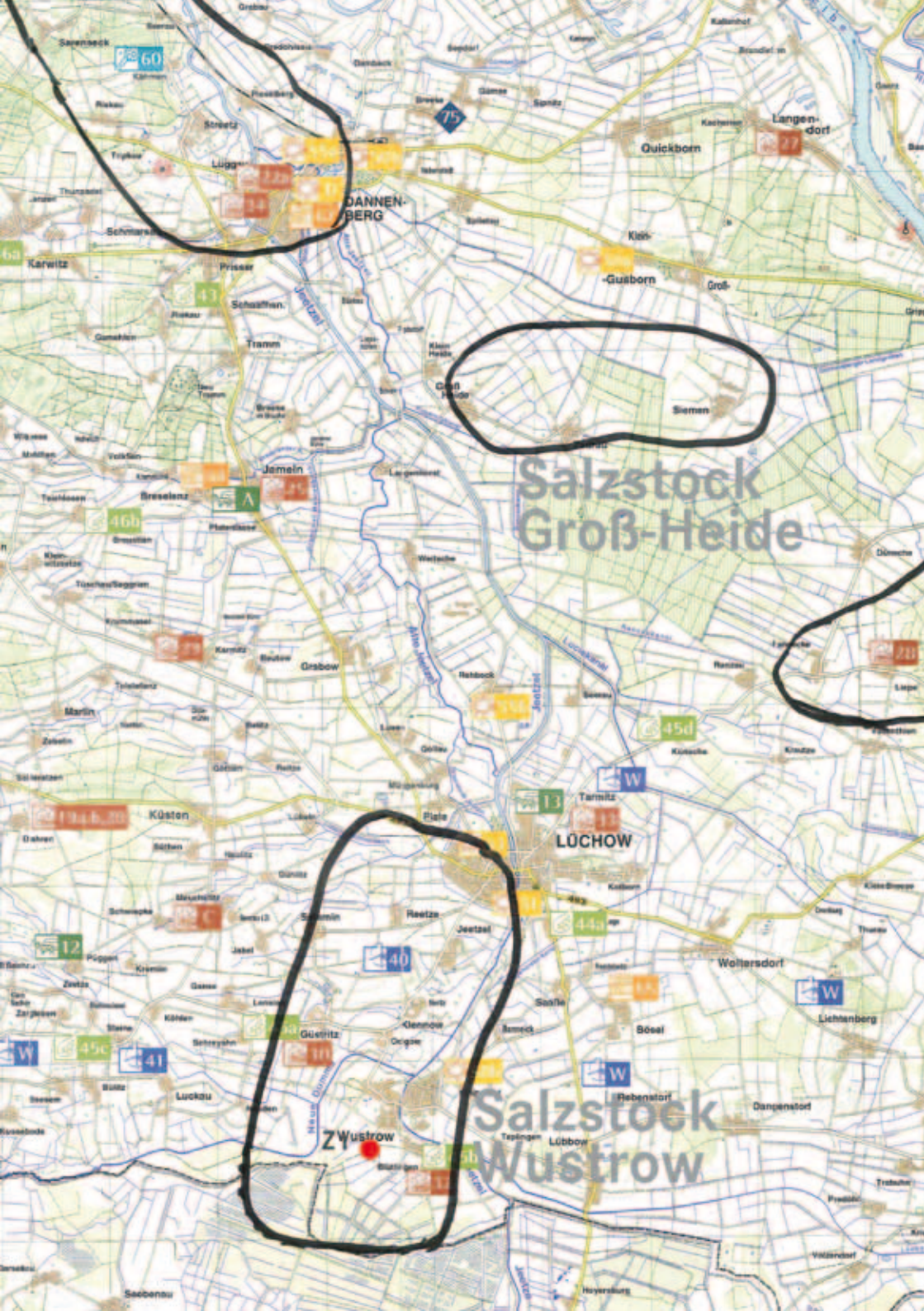
nichts von den Gasvorkommen gewusst hatte, reagierte empört: „Da hätte die Regierung Albrecht ja unverantwortlich gehandelt, wenn sie das Vorhaben unter diesem Gesichtspunkt weiterbetrieben hätte ... Albrecht hätte sofort sagen müssen: Jetzt ist Schluss.“



Schematischer NW-SE-Schnitt durch den Salzstock Gorleben-Rambow ohne Gasbohrungen (nach Bornemann et al. 2008) Ergänzt durch BRUG 2010, U. Schneider



Geologisches Profil durch den Salzstock Wustrow mit Gasbohrungen



DANNENBERG

Salzstock
Groß-Heide

LÜCHOW

Salzstock
Wustrow

Wustrow



Bohrungen 12 und II

Bohrung 14

Salzstock
Gorleben
Rambow

Erkundungs-
bergwerk

Arendsee



Schachtanlage Gorleben



Ölfleck im Erkundungsbergwerk

Zum Ergebnis, den Salzstock wegen des Gasrisikos nicht weiter zu erkunden, sondern ihn stattdessen aufzugeben, hätte man also bereits 1977 kommen können. Aber die Informationen über das Gas erreichten den damaligen Bundesinnenminister nicht. Vielleicht blieben sie bei seinem damaligen Abteilungsleiter für Reaktorsicherheit, Sahl, hängen. Er war laut einem Gesprächsvermerk vom 11. März 1977 anwesend, als im Bundesforschungsministerium über die Gasproblematik berichtet wurde. Dort steht klipp und klar: „Zu beachten ist, daß die DDR gegenüber Salzstock Gorleben Erdgas gesucht und wohl auch gefunden hat. Erdgas ist auch auf der Seite der Bundesrepublik anzutreffen.“

Doch nicht einmal der in Niedersachsen damals für die atomare „Entsorgung“ zuständige Minister Hermann Schnipkoweit (CDU) kann sich erinnern. Am 27. Januar 2011 erklärte Schnipkoweit als DIE LINKE ihm die Kabinettsvorlage vorhielt, er wisse nichts davon und reagierte unwillig: „Was ich alles wissen soll!“

Er war vielleicht nicht das einzige Kabinettsmitglied, das vor über 30 Jahren die Voraussetzungen seiner weitreichenden Entscheidung zur Standorterkundung in Gorleben nicht einmal kannte. Eine milliardenteure Untersuchung begann und das Gas spielte erst einmal keine Rolle mehr. Bis es zu den Gasausbrüchen bei den Schachtvorbohrungen kam.

Gas in den Schachtvorbohrungen

Schon frühzeitig stieß man auf Gasvorkommen unterschiedlichen Typs auch innerhalb des Salzstocks. Zum Beispiel 1982 bei den Schachtvorbohrungen Go 5001 und Go 5002. Man suchte nach Erklärungen, woher das jeweilige Gas kam, das im Salz eingeschlossen war. Interessant sind die Kohlenwasserstoffe. Es gab zwei Erklärungsansätze - erstens: das Gas ist im Salz selbst gebildet worden und zweitens: das Gas ist vor langer Zeit mit dem Salzaufstieg nach oben gebracht worden. Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, hat man sich die Zusammensetzung der Gase genauer angesehen. Die offiziellen Gorleben-Experten tendierten zu der These, das Gas habe sich im Salz gebildet. Im PTB-Zwischenbericht von 1983 konnte man zwar lesen, dass die Isotopenzusammensetzung typisch ist für Erdgas aus mesozoischen Lagerstätten, also sehr tiefen Schichten. Doch an derselben Stelle versuchte man eine Erklärung anzustrengen, weshalb es ausgeschlossen sei, dass das Gas aus dem Präechstein unter dem Salzstock stamme: „Ein Eindringen von Kohlenwasserstoffen in den Salzstock von außen aus mesozoischen Serien ist unwahrscheinlich“, heißt es zusammenfassend im PTB-Zwischenbericht. „Die Kondensate können durch thermische Umwandlung der im Salzstock selbst oder der in den basalen Zechsteinschichten vorhandenen organischen Substanz gebildet worden sein.“

Etwa 25 Jahre später kann man in einem Jahresbericht der BGR zur Herkunft der Gase im Salzstock Gorleben lesen: „Alle vorliegenden Untersuchungsergebnisse der nicht oder nur geringfügig alterierten Kondensate aus dem Hauptsalz des

Salzstocks Gorleben lassen auf ein algenreiches karbonatisches Muttergestein schließen. Diese Parameter, wie auch die C-Isotopenverhältnisse der Gesamtproben sowie der Fraktionen, zeigen große Ähnlichkeiten mit vergleichbaren Werten aus Zechstein-Erdölfeldern in Nordost-Deutschland und unterstützen somit die Interpretation der Genese aus einem zechsteineigenen Muttergestein. Als Ausgangssubstanz kommt in erster Linie die organische Substanz der Staßfurt-Karbonates (zzSK) in Betracht, die auch die Quelle für die gasförmigen Kohlenwasserstoffe darstellt.“ (BGR 2008, S. 168) Etwas umständlich wird hier die Meinung von 1983 revidiert. Dass Gase im Salzstock aus tiefen Schichten stammen, wird auch zwei Seiten vorher (S. 166) ausgeführt. Dort ist zu lesen, dass im Hauptanhydrit ein Mischgas vorkommt, das zu circa 40-45% aus Rotliegend-Gas besteht. Das auf der 840 m-Sohle im Hauptanhydrit angetroffene Rotliegend-Gas wird von der BGR als Typ Wustrow/Altmark (=Altmark-Peckensen) eingestuft (Schneider 2011, S. 14).

Gaszutritte größer als erwartet

Doch was wusste man von diesem Gas bereits 1983, also vor der Entscheidung der Regierung Kohl zu untertägigen Erkundung Gorlebens? Im November 2010 ging Greenpeace mit einem bislang unbekanntem Gas-Bericht von 1983 an die Öffentlichkeit, der auch in den Akten des Untersuchungsausschusses zu finden ist: er protokolliert die Gasvorkommen, auf die man bei den beiden Schachtvorbohrungen Go 5001 und Go 5002 im Jahr 1982 gestoßen ist.

Bei der Bohrung Go 5001 ereignete sich in Teufe 864,5 Meter ein „pulsierender Volumenanstieg/-abfall“, „starker Dieselgeruch“ verbreitete sich. In 960,2 Meter strömte Gas mit 24 bar aus, es war „brennbar“ und „wurde abgefackelt“. Die erhöhten Gasaustritte veranlassten die Bohrmannschaft „Gasbekämpfungsmaßnahmen den Vorzug [zu] geben“. Technisch war man aber in Gorleben auf Gaszutritte nicht eingestellt, daher musste von der benachbarten Gasbohrstelle Wustrow Z 12 im Salzstock Wustrow entsprechendes Hilfsmaterial angefordert werden.

Eine ähnliche Erfahrung machte man bei der Bohrung Go 5002: „Die Bohrung wurde in der Teufe 965 m eingestellt (...) Bei der Druckentlastung strömte Gas und Kondensat zu.“ Der bei der DBE Verantwortliche Grübler schreibt über eine Gaszusammensetzung von 80% Methan, 7-8% Äthan und 2-3% Propan. „Die angetroffenen Kondensate hatten daher noch erhebliche Anteile an gasförmigen bzw. niedrigsiedenden KW (Kohlenwasserstoffen, d. Red.) aufzuweisen, woraus der niedrige Flamm- und Brennpunkt von 20 Grad Celsius erklärbar ist.“

Mit Hilfe des Diplomgeologen Ulrich Schneider, der bis Anfang der 1980er Jahre während der obertägigen Gorleben-Erkundung Mitarbeiter von Professor Duphorn war, durchsuchte Greenpeace die Gorleben-Akten der BGR auf Gasfunde. Es stellte sich heraus, dass bei den Schachtvorbohrungen im Salzstock Gorleben wesentlich mehr Gaszutritte vorkamen, als in der Öffentlichkeit bekannt waren. Besonders interessant ist die Feststellung von Schneider, die auch Duphorn bestätigt, dass es sich bei dem Gas in

den Schächten und Bohrungen von Gorleben um das gleiche Gasgemisch handelt, das auch in Rambow/Lenzen, Wustrow und Salzwedel angetroffen wurde.

Ein weiteres Gas-Phänomen wurde von Schneider (2011) festgestellt: Kleine, im Salz gebundene Gasbläschen befinden sich an vielen Stellen im Salzstock. Im geplanten Einlagerungsbereich besonders im Knäuelsalz, das weit verbreitet ist. Dies kann besonders bei Einlagerung von hochaktivem und bis zu 200 Grad heißem Atommüll zu großen Problemen führen.

Lücken im PTB-Zwischenbericht von 1983

Der von Greenpeace skandalisierte Gas-Bericht ist offensichtlich nicht in den „PTB-Zwischenbericht“ eingeflossen, obwohl seine Ergebnisse bis dato bereits vorlagen. Der PTB-Zwischenbericht, an dem im Frühjahr 1983 emsig gearbeitet wurde, war die fachliche Grundlage für die weichenstellende Entscheidung der Regierung Kohl vom 13. Juli 1983. Der Bericht enthielt in einer Entwurfsfassung die Empfehlung, weitere Standorte neben Gorleben zu erkunden. Auf Druck von Regierungsstellen wurde diese Empfehlung gestrichen sowie bedeutende geologische Mängel geglättet. Auch zum Thema Gas hätte der PTB-Bericht neben dem Gas-Bericht noch Brisantes enthalten können. Die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) war sich offenbar der Gas-Problematik durchaus bewusst und hatte im Vorfeld eine Studie in Auftrag gegeben. Sie taucht im Literaturverzeichnis des Zwischenberichts nicht auf.

Die Lücken im PTB-Zwischenbericht bestätigte der Geologe Ulrich Schneider am 16. Dezember 2010 als DIE LINKE ihn im Untersuchungsausschuss zu den Gasvorkommen befragte: *„Im zusammenfassenden Zwischenbericht der PTB über die bisherigen Ergebnisse der Standortuntersuchungen Gorleben vom Mai 1983 wird im Kapitel 3.1.6 (Kohlenwasserstoffe im Salzstock) über brennbare Gase im Salzstock nichts berichtet. Dort wird auch nicht von Gasen gesprochen, sondern von Kohlenwasserstoffen. Mir liegt auch der Entwurfstext der BGR zu diesem Kapitel vor, und da heißt die Überschrift für dieses Kapitel 'Gaseinschlüsse im Salzstock' und dann wird im ersten Absatz darauf hingewiesen, dass das Vorkommen von brennbaren Gasen im Salzbergbau seit längerer Zeit bekannt war.“*

In der Endfassung des PTB-Berichtes: keine brennbaren Gase mehr. Nichts über die Probleme mit Gas bei den Schachtvorbohrungen. Dem damals an der Erkundung beteiligten Professor Herrmann von der Universität Göttingen waren Lücken bereits aufgefallen, auch wenn er nicht die Kenntnis von DBE und BGR über das Gas hatte. Er hatte einen Entwurf des PTB-Berichts zugesandt bekommen und daraufhin am 28. April 1983 einen Brief an den damaligen PTB-Abteilungsleiter Professor Röthemeyer geschrieben. Darin formulierte er Kritik an der BGR: „Das Fehlen des Themas Stoffbestand [im PTB-Bericht, d. Red.] beleuchtet aus meiner Sicht die bisherige Arbeitsweise der BGR bei der *Bewertung* eines Salzstocks. Es werden



*Bohrturm in
Wustrow 2010*

Gas in der Umgebung

Im wendländischen Wustrow, 25 Kilometer südwestlich von Gorleben, hatte man bereits vor 100 Jahren – in der Hochzeit des Kalibergbaus – große Probleme mit Grubengas, das explosiv reagiert. 1921 wurde dort der Betrieb wegen Gasaustritten und Schlagwettergefahren eingestellt. Einige Jahrzehnte später hat man hier Erdgas gefördert. Seit August 2010 bemüht sich Gaz de France Suez in 3.400 Metern Tiefe das restliche Gas zu fördern. Auch in der Altmark (Sachsen-Anhalt) befinden sich mehrere Erdgaslagerstätten. Die größte davon liegt bei Salzwedel, circa 30 Kilometer südwestlich von Gorleben.

praktisch ausschließlich geologische Aspekte berücksichtigt unter weitgehender Außerachtlassung des Stoffbestandes eines Salzkörpers (Gesteinsanalysen etc.), der Entstehung und Umbildung der Gesteine, der Möglichkeiten für Zukunftsprognosen welche sich aus dem Stoffbestand ergeben, und der Tatsachen über das Vorkommen von Lösungen und Gasen in Salzkörpern.“(Hervorh. durch Herrmann)

Durch das Zurückhalten der Expertisen zum Gas wurde der PTB-Bericht so beschönigt, dass er in seiner Endfassung suggerierte, gasförmige Kohlenwasserstoffe würden nur in geringen Mengen auftreten und es gebe keine offenen Fragen zum Gas. Die Entscheidung zum Schachtabteufen im Juli 1983 sollte nicht negativ beeinflusst werden. Es ist zu erwarten, dass in den Akten, die dem Gorleben-Untersuchungsausschuss geliefert wurden, noch mehr Geheimnisse schlummern, die am Ende in das Gesamtbild des Lügegebäudes passen und es letztlich zum Einsturz bringen.

Professor Albert Günter Herrmann, der zum PTB-Zwischenbericht das Kapitel über Lösungen beigesteuert hatte, äußerte sich im weiteren Verlauf der 1980er Jahre kritisch gegenüber der Endlagerung im Salz. Immer wieder wies er auf die Auswirkung der Wärme von hochradioaktivem Müll hin, sprach von Bruchverformungen und Wegsamkeiten im Salzkörper. Wie wenig Herrmann der staatlichen Endlagerforschung in Deutschland traute, kann man einer persönlichen Stellungnahme entnehmen, die er seiner Studie über „Gase in marinen Evaporiten“ von 1987 angefügt hat. Darin heißt es: „Seit der Erschließung der Salzstöcke in Norddeutschland wurde und wird das Auftreten von Bruchformen in Evaporitgesteinen (u.a. Salzgesteine, d. Red.) immer wieder beobachtet. Trotz eindeutiger Fakten wird auch gegenwärtig das lokal verbreitete Vorkommen solcher Bruchformen (z.B. Schnitte, Klüfte) in Salzstöcken noch immer bestritten. ... Wer heute die über Jahrzehnte gesammelten Beobachtungen an Salzstöcken in Niedersachsen noch immer bestreitet und ignoriert, handelt gegenüber Entscheidungsträgern, gegenüber der Öffentlichkeit und nicht zuletzt gegenüber allen Kollegen unverantwortlich.“ In diesem Zusammenhang spricht Herrmann von „Endlagerkreisen“, die Forschungsvorhaben zur vergleichenden Untersuchung von Gasen in marinen Evaporiten bis dato erfolgreich blockiert haben. Und warnt: „Die Verhinderung des Forschungsvorhabens könnte nachteilige Folgen haben, falls bei der Untertageerkundung des Salzstocks Gorleben das Thema 'Gase in Evaporiten' erneut aufgegriffen werden muss.“

Diese visionäre Bemerkung von Professor Herrmann ist heute aufgrund der vielen offenen Fragen zum Thema Gas unter Gorleben Realität geworden. Um Herrmann ist es in den Jahren danach still geworden, 1993 hat er seine kritische Haltung zum Salz teilweise revidiert. Andere kritische Wissenschaftler halten bis heute an ihrer skeptischen Haltung zu Gorleben fest, wie etwa die Geologen und Geowissenschaftler Jürgen Kreuzsch, Detlef Appel, Klaus Duphorn, Eckhard Grimmel und viele andere. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie im Gegensatz zu den vielen Fachleuten von BGR und PTB nie einem Dienstherrn verpflichtet und weisungsgebunden waren, sondern an unabhängigen Instituten und Universitäten geforscht und gelehrt haben.

Auszug aus Kabinettsvorlage 1977

DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER FÜR WIRTSCHAFT UND VERKEHR

Postanschrift:

Niedersächsischer Minister für Wirtschaft und Verkehr
Postfach 1 01, 3000 Hannover 1

VS - NfD -

Streng vertraulich!

Nr.

(Bitte bei Antwort angeben)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

☎ (0511)

Hannover

23

190- 65 71 02.02.77
190-1

Entsorgungszentrum für bestrahlte Kernbrennstoffe;
Vorlage für die Kabinettsitzung am 08.02.77

Mit der Kabinettsvorlage des MW vom 09.12.76 war der Ablauf der bis dahin erfolgten Standortvorauswahl durch die interministerielle Arbeitsgruppe Entsorgungszentrum beschrieben worden. Nach dem Ergebnis dieser Vorlage sollten zu 4 Standorten weitere Untersuchungen durchgeführt werden, um eine Standortvorauswahl durch das Kabinett zu ermöglichen. Das Kabinett hat in seiner Sitzung am 21.12.76 die interministerielle Arbeitsgruppe beauftragt, die entsprechenden Untersuchungen ggf. unter Hinzuziehung nachgeordneter Behörden durchzuführen und das Ergebnis dem Kabinett zur Entscheidung vorzulegen. In dieser Kabinettsvorlage wird ergänzend zu der Kabinettsvorlage vom 9.12.76 entsprechend dem Auftrag des Kabinetts berichtet. Außerdem werden weitere im Zusammenhang mit der geplanten Errichtung des Entsorgungszentrums aufgeworfene Fragen behandelt.

1. Standorte

1.1 Gorleben

Im Bereich des Salzstockes Gorleben befinden sich auf DDR-Seite 3 Bohrungen, die im Verlauf des Jahres 1969 niedergebracht wurden. Zwei dieser Bohrungen wurden nach Abteufen von rd. 2 000 m aus unbekanntem Gründen eingestellt. An der 3. Bohrstelle - unmittelbar südwestlich Lenzen, 10 km nordöstlich des vorgesehenen Standortbereiches - fanden am 26. 7.69 mehrere Explosionen statt, durch die der Bohrturm zerstört wurde.

Aufgrund von Augenzeugenberichten ist anzunehmen, daß die Explosionen durch ausströmendes Erdgas verursacht wurden. Nachdem es gelungen war, den Brand unter Kontrolle zu bringen, sind im Bereich der Bohrstelle keine weiteren Aktivitäten beobachtet worden. Auch ein am 31.1.77 durchgeführter Beobachtungsflug des Bundesgrenzschutzes ergab, daß im Bereich der Bohrstelle keinerlei Anzeichen dafür vorhanden sind, daß Erdgas gefördert wird.

Nach Auffassung des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung (NLFb) und der Konzessionsinhaber für die Aufschung von Kohlenwasserstoffen (Preussag und Brigitta/Elwerath (BEB)) ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, daß sich unter dem Salzstock Gorleben in einer Tiefe von rd. 3 500 m Gas befindet. Es ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorgesehen, dieses Vorkommen zu erschließen. Die BEB hat vielmehr die Bergbehörden im Dezember 1976 gebeten, sie von der Verpflichtung zur Durchführung von Untersuchungsarbeiten für ein Jahr zu entbinden. Die Bergbehörden haben dem zugestimmt. Die Konzession der BEB, an der die Preussag zu 30 % beteiligt ist, ist vorerst bis zum 28. November 1978 verlängert.

Durch das Vorhandensein eines Gasfeldes unter dem Salzstock Gorleben ist eine potentielle Gefährdung der Endlagerstätte im Falle einer Erdgasförderung gegeben. Es findet zwar zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Förderung statt, es kann auch davon ausgegangen werden, daß auf niedersächsischer Seite eine Gasförderung verhindert werden kann, es ist jedoch nicht auszuschließen, daß zu irgendeinem Zeitpunkt auf DDR-Seite mit einer Förderung begonnen wird. In diesem Fall können u. U. großflächige Senkungen der Erdoberfläche im Bereich des Gasvorkommens auftreten. Entsprechende Senkungen werden z. B. in dem Gasfeld Groningen in einer Größenordnung von 50 cm erwartet. Hier ist jedoch darauf hinzuweisen, daß die Gasvorkommen in Groningen in geringerer Teufe auftreten und daß in diesem Bereich in weitaus größerem Umfang, als es in Gorleben möglich sein könnte, gefördert wird. Durch die möglicherweise eintretenden Senkungen könnte es zu gefährlichen Verschiebungen im Bereich des Salzstockes kommen. Ob die Gefährdung durch Einrichtung des Endlagers in einem geologisch stabilen Teil des Salzstockes umgangen werden könnte, müßte durch entsprechende Untersuchungsarbeiten geklärt werden.

Ausgesprochen vorteilhaft für den Standort Gorleben ist, daß sich das für das Entsorgungszentrum benötigte Gelände in einer Größenordnung von rd. 1 200 ha im wesentlichen im Eigentum eines Eigentümers befindet. Lediglich eine Teilfläche befindet sich im Eigentum einer Genossenschaft.

Schlusswort

Der Untersuchungsausschuss Gorleben hat ein Jahr nach seiner Einsetzung noch nicht einmal alle angeforderten Akten aus Ministerien und Bundeskanzleramt erhalten. Neben den circa 1.000 Aktenbänden in den jeweiligen Büros der Obleute schlummern beim Bundesamt für Strahlenschutz weitere 5.000 Akten, die ein Ermittlungsbeauftragter für den PUA sichtet. Es ist zu erwarten, dass zusätzliche Dokumente ans Licht kommen, die beweisen, dass wissenschaftlich nicht einwandfrei gearbeitet wurde und weitere unerfreuliche Ergebnisse unterschlagen oder verfälscht wurden.

Bereits jetzt sind die Hinweise auf Gas, die man vor über 30 Jahren hatte und die bis heute nicht widerlegt wurden, erdrückend. Gas kann zu unkontrollierten Reaktionen und Explosionen führen, wenn der 200 Grad heiße hochradioaktive Atom Müll in der Nähe eingelagert wird. Durch eine mögliche Gasförderung kann es zu Hebungen und Senkungen des Geländes kommen, Risse und Klüfte können entstehen, durch die sowohl Gas von unten aufsteigen als auch Grundwasser von oben eindringen kann. Neben diesen Risiken wäre selbst ein abgeschlossenes Gasfeld eine Gefahr, das mit heutigen Maßstäben als „nicht förderungswürdig“ gilt. Denn es könnten bei zunehmender Rohstoffknappheit künftige Generationen durchaus ein Interesse an der Bohrung nach diesen Vorkommen haben. Darauf wies der Geologe Dr. Detlef Appel hin als er im Dezember 2010 vor dem Untersuchungsausschuss befragt wurde. Immerhin galten genau aus diesem Grund Rohstoffvorkommen – förderungswürdig oder nicht – bereits 1977 als Ausschlusskriterium für ein atomares Endlager.

Nun könnte man auf die Idee kommen, man müsse den Hinweisen auf Gas bei der geplanten Fortsetzung der Erkundung nachgehen – wie es der anfangs zitierte BfS-Chef König erklärte. Doch diese Ansicht verkennt, dass die Erkundung in Gorleben bereits auf zu vielen Unwahrheiten basiert. Das bislang unter dem Deckel der Verschwiegenheit gehaltene Gas-Thema ist nur ein weiterer gewichtiger Baustein im Lügengebäude der Verantwortlichen. Ein über so viele Jahrzehnte verspieltes Vertrauen der Bevölkerung lässt sich nicht wiederherstellen. Wer würde denn dafür garantieren wollen, dass die Erkundung heute wissenschaftlich einwandfrei und transparent von statten ginge? Und vor allem: Wer will denn die alleinige Erkundung Gorlebens aus wissenschaftlicher Sicht noch für glaubwürdig halten und den Standortvergleich bei einem so wichtigen, viele Generationen belastenden Erbe für verzichtbar erklären? Vermutlich ließen sich solche willigen Vollstrecker in Politik und Wissenschaft tatsächlich finden. Doch es würde nichts daran ändern: Gorleben ist als Atom Mülllagerstätte verbrannt und es sind die härtesten Verfechter des Standorts, die dazu wesentlich beigetragen haben. DIE LINKE lehnt aus diesem Grund eine weitere Erkundung in Gorleben ab. Gorleben soll leben.

Literatur und weiterführende Informationen

Schneider, Ulrich (2011)

Erdgas und Kondensatvorkommen in Salz, speziell im Salzstock Gorleben-Rambow. Literaturstudie im Auftrag von Greenpeace Deutschland e.V. Studie ist abrufbar auf: www.greenpeace.de

BGR (2008) Standortbeschreibung Gorleben. Teil 3: Ergebnisse der über- und untertägigen Erkundung des Salinars, Hannover.

Expertise zum Salzstock Gorleben von Ulrich Schneider

bestellen oder downloaden: www.linksfraktion-niedersachsen.de

Newsletter Untersuchungsausschuss Gorleben

Regelmäßige Berichte von Zeugenanhörungen.
Bestellen bei MdB Dorothee Menzner,
E-Mail: dorothee.menzner@bundestag.de,
Tel.: 030 - 22 77 31 67, Fax: 030 - 22 77 61 66

Energiepolitische Positionen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

<http://www.linksfraktion.de/themen/energiepolitik/>

Linke Umweltpolitik <http://www.nachhaltig-links.de>

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

<http://www.bi-luechow-dannenberg.de/>

Greenpeace-Recherchen zu Gorleben-Akten:

<http://www.gorleben-akten.de>

Verscharrt, verschaukelt, vertuscht ...

Position der LINKEN zum Atommüllproblem

Es gibt keine sichere Endlagerungstechnologie und eine endgültige „Entsorgung“ wird es auch nie geben. Die Geschichte der Atomenergie ist eine Geschichte der maßgeschneiderten Bedingungen für die Bedürfnisse der Atomindustrie. Das hat der ASSE II-Skandal einmal mehr bewiesen. Ein Kartell aus politischen Parteien, versagenden Behörden und hörigen Wissenschaftlern hat diese Bedürfnisse stets neu im Interesse und auch im Auftrag der Energiekonzerne formuliert. Dies zeigt die Skrupellosigkeit der Atombefürworter im Umgang mit radioaktiven Stoffen. Das Medium Salz ist aufgrund seiner Wassergängigkeiten und seiner chemischen Eigenschaften für eine Atommülllagerung nicht geeignet. Das zeigen die Erfahrungen aus ASSE II und Morsleben. Der Salzstock Gorleben ist zur Lagerung von Atommüll, der hunderttausende von Jahren strahlt, nicht geeignet. Das Deckgebirge ist nicht intakt, Laugennester befinden sich im Salzstock, und Oberflächenwasser wird über die Gorlebener Rinne zulaufen. Für ein Lager in tiefen geologischen Formationen ist nicht erkennbar, ob die Gesteinsschichten ungestört und homogen sind. Somit ist auch das ehemalige Eisenerzbergwerk Schacht Konrad nicht mehr in Betracht zu ziehen. Bei untertägiger Lagerung besteht grundsätzlich die Gefahr der radioaktiven Verseuchung des Grundwassers. Ein seriöses Verfahren für eine Lagersuche war und ist aber politisch nicht gewollt, Konzepte zum Umgang mit Atommüll können nur mit vollkommener Transparenz und unter Beteiligung der Bevölkerung eingeleitet werden. Auch in den oberirdischen Zwischenlagern tickt eine täglich wachsende atomare Fracht als Zeitbombe. Nur ein unverzüglicher Atomausstieg kann diese Gefahr verringern.

DIE LINKE fordert deshalb

Der weitere Ausbau des Salzstocks Gorleben unter dem Deckmantel der Erkundung muss sofort abgebrochen und Gorleben als Standort aufgegeben und zurückgebaut werden. Schacht Konrad darf nicht in Betrieb genommen werden. Eine unverzügliche, vollständige Rückholung des Atommülls aus ASSE II und Morsleben ist alternativlos. Anwohner und Beschäftigte dürfen dabei nicht gefährdet werden. Atommüll muss jederzeit kontrollierbar und Entscheidungen der Lagerung müssen reversibel sein. Unter dieser Prämisse muss die Frage der Atommülllagerung neu aufgerollt werden. Wir brauchen ein neues Konzept, das nicht davon ausgeht, dass man sich des Atommülls ein für allemal entledigen kann.

www.linksfraktion.de